



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde im Wahlkreis Gifhorn-Peine,

nach aktuellen Zahlen haben wir fast 50 Corona-Infektionen im Landkreis Gifhorn und 40 Fälle im Landkreis Peine. In ganz Deutschland sind es über 42.000 nachgewiesene Erkrankungen. Die Corona-Pandemie verändert unser Leben hier vor Ort, aber es verändert auch unser Leben in der gesamten Bundesrepublik.

Es verändert ebenso unsere politische Arbeit im Deutschen Bundestag. Diese reguläre Sitzungswoche wurde auf Grund des Infektionsgeschehens auf das dringend notwendige Minimum reduziert. Statt von montags bis freitags haben wir diese Woche nur am Mittwoch in Berlin getagt, alle Arbeitsbesprechungen zur Meinungsbildung und zur Vorbereitung der Beschlussvorlagen fanden im Vorfeld als Telefonkonferenzen statt. Am Mittwoch haben wir unter besonderen Sicherheitsvorkehrungen ein beispielloses Paket an Änderungen beschlossen, um die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bürgerinnen und Bürger, unsere Wirtschaft und unser Gesundheitssystem abzufedern.

Detaillierte Informationen dazu finden Sie auf den kommenden Seiten dieses „Schulterblicks“ und laufend aktualisiert auf meiner Internetseite (www.ingrid-pahlmann.de/corona). Sollte es in den kommenden Wochen notwendig sein, an der einen oder anderen Stelle nachzusteuern, dann werden wir auch das tun. Denn in diesen für uns alle neuen und äußerst herausfordernden Zeiten müssen wir in erster Linie alles daran setzen, diesen Kampf gegen das Virus zu gewinnen und dabei unsere bewährten Maßstäbe des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der sozialen Marktwirtschaft zu bewahren. Zusammen werden wir diese Aufgabe meistern.

Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie weiter gesund.

Herzliche Grüße
Ihre und Eure



Bericht aus Berlin

Beschlossene Hilfsmaßnahmen und Angebote



Schutz gegen Corona

156 Mrd. Euro für den Nachtragshaushalt 2020

Maßnahmen für den Gesundheitsschutz	ca. 3,5 Mrd. €	Existenzsicherung	ca. 7,7 Mrd. €
Pandemiebekämpfung	ca. 55 Mrd. €	Vorsorge für Ausfälle von Garantien	ca. 5,9 Mrd. €
Soforthilfe für kleine Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler	ca. 50 Mrd. €	Ausgleich der Steuermindereinnahmen	ca. 33,5 Mrd. €

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

In einer besonderen Sitzung hat der Deutsche Bundestag am Mittwoch besondere Beschlüsse nach einem besonderen Verfahren gefasst. Innerhalb kürzester Zeit wurde ein Maßnahmenpaket beraten und beschlossen, um die Corona-Krise zu bekämpfen und ihre Auswirkungen so gering wie möglich zu halten. Dafür musste eine „außergewöhnliche Notsituation“ festgestellt werden, um trotz der Schuldenbremse einen sogenannten Nachtragshaushalt auf den Weg zu bringen, durch den die Maßnahmen in Höhe von rund 156 Milliarden Euro (für das Jahr 2020 waren bisher Ausgaben von rund 362 Milliarden Euro geplant) ermöglicht werden. Der mitbeschlossene Tilgungsplan, den die Regelungen der Schuldenbremse in dieser Situation vorschreiben, sieht eine Rückzahlung der Mittel ab 2023 über insgesamt 20 Jahre vor.

Jetzt bewahrheitet sich, was wir in den vergangenen Jahren immer wiederholt haben: In guten Zeiten muss der Staat sparen, um in Krisen handlungsfähig zu bleiben. Deshalb war der Einsatz für die „schwarze Null“ so wichtig. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine detailliertere Auflistung der beschlossenen Hilfsmaßnahmen.

Weitere (laufend aktualisierte) Informationen, auch zu möglichen Förderprogrammen, erhalten Sie „mit einem Klick“ auch auf der Internetseite (www.ingrid-pahlmann.de/corona). Für den „schnellen Überblick“ finden Sie im Anhang dieses Schulterblicks eine Übersicht der niedersächsischen Landesgruppe und Informationen des Bundeslandwirtschaftsministeriums.



Bericht aus Berlin

Schutz der Gesundheit



Finanzieller Schutz
für Krankenhäuser



Notfall-Kompetenzen im
Bundesministerium bündeln

3,5
Mrd. €

für Schutzausrüstung und
Impfstoffentwicklung

55
Mrd. €

für Pandemiebekämpfung

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Krankenhäuser erhalten Ausgleichsgelder für besondere Ausgaben und fehlende Einnahmen durch die Corona-Krise: Sie haben geplante Operationen verschoben, um Betten freizuhalten und neue Kapazitäten im Intensivbereich aufgebaut. Die Verordnung zu Untergrenzen beim Pflegepersonal wird für diese besondere Situation ausgesetzt. Pflegeeinrichtungen sollen befristet von Bürokratie entlastet und

finanziell unterstützt werden. Auch soll durch eine Änderung des BAföG-Gesetzes, Medizinstudenten oder Auszubildenden in der Gesundheitsbranche der bezahlte Einsatz erleichtert werden.



Sozialer Schutz vor den Corona-Folgen



Grundsicherung und Sozialhilfe leichter erhältlich



Zugang zum Kinderzuschlag stark vereinfacht



Verstärkter Kündigungsschutz für Mieter

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Wichtige Beschlüsse wurden gefasst, um soziale Härtefälle in der Krisen-Zeit möglichst zu vermeiden. So ist der Zugang zu Leistungen der Grundsicherung und zur Sozialhilfe erleichtert. Die Vermögensprüfung für einen Antrag wird befristet vereinfacht und Aufwendungen für Unterkunft und Heizung als angemessen anerkannt. Familien, die krisenbedingt starke Einkommenseinbußen erleiden, können

leichter den Kinderzuschlag (maximal 185 Euro pro Monat) erhalten. Es wird lediglich das Eltern-Einkommen des letzten Monats vor Antragsstellung herangezogen. Auch hier erfolgt befristet eine vereinfachte Vermögensprüfung. Um für die Zeit der Corona-Krise Rentnern aus dringend benötigten Berufen die Wiederaufnahme einer Tätigkeit zu erleichtern, wird die für sie geltende jährliche Hinzuverdienstgrenze von 6.300 Euro auf 44.590 Euro angehoben. Auch für die Bezieher von Kurzarbeitergeld werden Anreize geschaffen, wenn sie auf freiwilliger Basis vorübergehend Tätigkeiten leisten, die von besonderer Bedeutung für das öffentliche Leben oder die Lebensmittelversorgung sind. Eine Möglichkeit, um den Ausfall von Erntehelfern etwas auszugleichen. Zusätzlich werden die Regelungen für die Saisonarbeit an die Situation angepasst. Mieter, die pandemiebedingt nicht rechtzeitig Zahlen können, darf bis zum 30. Juni 2020 nicht gekündigt werden. Wichtig ist: Die Pflicht zur Zahlung der Miete besteht weiterhin!



Bericht aus Berlin

Schutz für Selbstständige, Freiberufler & Kleinunternehmer

50 Mrd. Euro Zuschüsse zu Betriebskosten,
Miet- und Pachtkosten

bis zu **15.000€** bei max. 10 Mitarbeitern (3 Monate)

bis zu **9.000€** bei max. 5 Mitarbeitern (3 Monate)

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Für eine unbürokratische und rasche Hilfsleistung für Selbstständige, Freiberufler und Kleinunternehmer soll es bei bis zu fünf Beschäftigten eine Einmalzahlung von bis zu 9.000 Euro für drei Monate geben – bei bis zu zehn Beschäftigten sogar bis zu 15.000 Euro. Ziel dieses unbürokratischen Zuschusses, der nicht zurückgezahlt werden muss, ist es Liquiditätsengpässe aufgrund laufender Betriebskosten

insbesondere durch Miet- und Pachtkosten, laufende Betriebsdarlehen oder Leasingverträge zu verringern. Mit diesem Beschluss soll vor allem Planungssicherheit auf Basis einer bundesweit einheitlichen Regelung für die genannte Zielgruppe erreicht werden.

Schutz von Unternehmen

Wirtschaftsfonds stabilisiert große Unternehmen

100 Kapitalmaßnahmen
Mrd. €

400 Bürgschaft/Liquiditätsgarantie
Mrd. €

100 Absicherung der KfW-Programme
Mrd. €

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) soll Unternehmen in existenziellen Schieflagen helfen. Unterstützt werden sollen Unternehmen der Realwirtschaft, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen oder den Arbeitsmarkt hätte. Konkret antragsberechtigt sind grundsätzlich Unternehmen, die mindestens zwei von drei Kriterien erfüllen: Eine Bilanzsumme von mindestens 43 Millionen Euro, Umsatzerlöse von mindestens 50 Millionen Euro, mindestens 249 Beschäftigte. Die Überwindung der Liquiditätsengpässe soll zum einen mit einem bundesseitigen Garantierahmen in der Höhe von 400 Milliarden Euro erfolgen, der den Unternehmen eine Refinanzierung am Kapitalmarkt ermöglichen soll. Weitere 100 Milliarden Euro sind für direkte Maßnahmen zur Kapitalstärkung vorgesehen – etwa Genussrechte, stille Beteiligungen, Hybridanleihen oder der Erwerb von Anleihen. Weitere 100 Milliarden Euro werden zur Absicherung der KfW-Corona-Sonderprogramme bereitgestellt. Wenn die Bundesregierung direkte finanzielle Unterstützung leistet, kann sie diese mit Bedingungen verknüpfen. Entscheidungen werden in der Regel von BMF und BMWi im Einvernehmen getroffen. Bei Grundsatzfragen und bei besonders wichtigen Angelegenheiten entscheidet ein interministerieller Ausschuss.

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) soll Unternehmen in existenziellen Schieflagen helfen. Unterstützt werden sollen Unternehmen der Realwirtschaft, deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische Souveränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen oder den Arbeitsmarkt hätte. Konkret antragsberechtigt sind grundsätzlich Unternehmen, die mindestens zwei von drei Kriterien erfüllen: Eine Bilanzsumme von mindestens 43 Millionen Euro, Umsatzerlöse von mindestens 50 Millionen Euro, mindestens 249 Beschäftigte. Die Überwindung der Liquiditätsengpässe soll zum einen mit einem bundesseitigen Garantierahmen in der Höhe von 400 Milliarden Euro erfolgen, der den Unternehmen eine Refinanzierung am Kapitalmarkt ermöglichen soll. Weitere 100 Milliarden Euro sind für direkte Maßnahmen zur Kapitalstärkung vorgesehen – etwa Genussrechte, stille Beteiligungen, Hybridanleihen oder der Erwerb von Anleihen. Weitere 100 Milliarden Euro werden zur Absicherung der KfW-Corona-Sonderprogramme bereitgestellt. Wenn die Bundesregierung direkte finanzielle Unterstützung leistet, kann sie diese mit Bedingungen verknüpfen. Entscheidungen werden in der Regel von BMF und BMWi im Einvernehmen getroffen. Bei Grundsatzfragen und bei besonders wichtigen Angelegenheiten entscheidet ein interministerieller Ausschuss.



Bericht aus Berlin

Weitere Entscheidungen im Plenum

Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Damit rasch und gezielt Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit getroffen werden können, soll der Bund im bundesweiten Epidemiefall weitgehende Kompetenzen übernehmen können. Den Epidemiefall von nationaler Tragweite ruft der Deutsche Bundestag aus. Im Epidemiefall soll das Bundesgesundheitsministerium künftig umfassende Maßnahmen veranlassen dürfen, etwa Maßnahmen zur Sicherstellung der Versorgung mit Arzneimitteln oder die ärztliche Kontrolle bei der Einreise nach Deutschland. Dabei sollen auch Beförderungsunternehmen zur Mitarbeit verpflichtet werden können. Das Gesetz regelt ebenfalls eine Kompensation des Verdienstausfalls bei Kinderbetreuung im Fall behördlich angeordneter Kita- oder Schulschließungen, wenn keine anderweitige zumutbare Betreuung möglich ist.

Ergänzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte -Stabilisierung sichern, Wiedererstarcken IS verhindern, Versöhnung fördern in Irak und Syrien. Das Ergänzungsmandat gestattet der Bundeswehr künftig, den Alliierten Lufttransportkapazitäten bereitzustellen, um die konstante Durchführung von Operationen und Ausbildung zu gewährleisten. Darüber hinaus leistet Deutschland mit der Bereitstellung eines Luftraumüberwachungsradars fortan einen wesentlichen Beitrag zur Luftraumüberwachung und Lagebilderstellung für die internationale Anti-IS-Koalition. Damit die Koalition auch weiterhin effektiv arbeiten kann, unterstützt die Bundeswehr auch weiterhin bei der Luftbetankung. Die Ausbildung und Beratung irakischer Streit- und Sicherheitskräfte wird nicht mehr nur im Rahmen der Operation Inherent Resolve erfolgen, sondern auf die dortige Nato-Mission erweitert.

Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages. Um im aktuellen Krisenfall als Deutscher Bundestag weiterhin handlungs- und beschlussfähig zu bleiben, ist die Geschäftsordnung befristet bis zum 30. September 2020 geändert. Wir sichern die Beschlussfähigkeit von Plenum und Ausschüssen, indem wir das Quorum von 50 auf 25 % heruntersetzen. Wir unterstützen die Ausschüsse, indem wir allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, auch über elektronische Kommunikationsmittel an den Beratungen teilzunehmen. Wir geben den Ausschüssen darüber hinaus die Möglichkeit, auch die Abstimmungen durch elektronische Kommunikationsmittel oder im Umlaufverfahren durchzuführen.

Einen Überblick über die rund 5 Stunden des [Plenarbetriebs diese Woche finden Sie hier](#).



Bericht aus Berlin

Großer Einsatz verdient unseren Respekt und Dank!



Leere Gänge und Büros im Deutschen Bundestag: Doch nicht alle können von zu Hause aus arbeiten.

Mein großer Dank gilt allen Ärztinnen und Ärzten, den Krankenschwestern und Krankenpflegern und dem Pflegepersonal, die für uns an vorderster Reihe im Kampf gegen die Corona-Pandemie stehen. Mit Ihrem Engagement und Einsatz sorgen Sie für alle Erkrankten und für die Eindämmung des Infektionsgeschehens. Dafür möchte ich Ihnen vom ganzen Herzen danken!

Mein Dank geht auch an alle Einsatzkräfte, die trotz der zusätzlichen, durch das Coronavirus bedingten Belastungen, ihre Arbeit im Sinne des Gemeinwohls Tag für Tag fortsetzen. Schön und unerlässlich, dass es Sie gibt!

Was würden wir tun, wenn das tatkräftige Personal im Lebensmitteleinzelhandel und in den Drogerien nicht wäre, die Menschen im Transportgewerbe und der Logistik? Dank Ihnen können wir weiterhin auf qualitativ hochwertige Lebensmittel und sichere Produkte des täglichen Bedarfs zurückgreifen. Danke, dass Sie diese Herausforderung stemmen und den nicht angebrachten Hamsterkäufen trotzen. Mein Appell an dieser Stelle: Lassen Sie uns gemeinsam Maß und Mitte halten und an unseren gewohnten Einkaufsmustern festhalten. So können wir die Versorgungskette entlasten. Es ist genug für alle da! Schmackhafte Nahrungsmittel haben wir nur dank des Einsatzes unserer Landwirtschaftsbetriebe und -familien. Auch Ihnen danke ich für Ihre Arbeit sehr!

Es sind noch viele andere, die unermüdlich dazu beitragen, den Laden am Laufen zu halten. Ihnen allen bin ich sehr dankbar und verpflichtet. Es stimmt mich hoffnungsfroh zu sehen, wie groß der Zusammenhalt und die Hilfsbereitschaft sind. Toll! Gemeinsam werden wir diese Krise überstehen.



Bericht aus Berlin

Engagement vor Ort

In dieser Ausnahmesituation nicht unerwähnt lassen möchte ich die vielen Freiwilligen, die sich für Ihre Gemeinschaft und für ein funktionierendes Miteinander engagieren. Stellvertretend möchte ich hier kurz drei tolle Aktionen vorstellen:

Die #Einkaufshelden der Jungen Union – Bereits über 10.000 JUnge Menschen in ganz Deutschland machen mit bei der Aktion und gehen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger zum Einkaufen. Auch aus meinem Wahlkreis sind die JU Peine und die JU Gifhorn mit dabei!

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.die-einkaufshelden.de.



Ein großes Problem für die Landwirte in unserer Region ist der momentane Einreisestopp für Erntehelfer und Saisonarbeitskräfte. Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat gemeinsam mit dem Bundesverband Maschinenringe mit einer Job-Vermittlungsplattform eine Möglichkeit für Landwirte geschaffen, regionalisiert tatkräftige Erntehelfer für ihre Betriebe zu gewinnen. Über 15.000 Inserate sind bereits eingegangen, die Unterstützung angeboten haben.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.daslandhilft.de.

Wo eine helfende Hand gebraucht wird, da sind die LandFrauen bekanntlich ja nicht weit. Der Niedersächsische LandFrauenverband hat jüngst die „Aktion Mundschutz“ ins Leben gerufen. Es geht darum, Behelfs-Mund-Nasen-Schutze zu nähen und den Einrichtungen, in denen Bedarf besteht, zur Verfügung zu stellen. Dabei werden keine medizinischen Mundschutze hergestellt, sondern solche, die im Pflege- und Privatbereich zum Einsatz kommen können.

Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite www.landfrauen-nlv.de.



Bericht aus Berlin

Nils Mikeler aus Gifhorn berichtet von seinem Praktikum im Deutschen Bundestag

In den vergangenen Wochen war der Gifhorer Student Nils Mikeler für ein Praktikum Teil meines Teams. Während dieser Zeit hatte er die Gelegenheit, sowohl meine Wahlkreisbüros als auch die Arbeit im Berliner Büro kennenzulernen. Seinen Bericht können Sie im Anschluss lesen. Mein Team und ich danken Nils für seine tolle Unterstützung in den letzten Wochen und wünschen ihm für seine Zukunft weiter alles Gute!

„Außergewöhnliche Zeiten brauchen außergewöhnliche Abgeordnete – Ein Einblick ins Arbeitsleben von Ingrid Pahlmann

Es war ein brütend heißer Tag im Juli des vergangenen Jahres, als mich übers Radio die Nachricht erreichte, dass Ingrid Pahlmann, für die nach Brüssel wechselnde Ursula von der Leyen, Mitglied des Deutschen Bundestages würde. Ein halbes Jahr später hielt ich ihn in der Hand, meinen blauen Praktikantenausweis – mit Lichtbild versteht sich.

In den Wahlkreisbüros findet die eigentliche Arbeit am Bürger statt, erklärte mir der Büroleiter Frederick Meyer, nachdem ich zuvor herzlich empfangen worden war. Von hier aus werden Bürgersprechstunden abgehalten, Presse- und Wahlkreistermine vereinbart. Es geht um Präsenz und manchmal auch ums Gesehen werden. Da der Wahlkreis Gifhorn-Peine groß und heterogen ist, sind auch die Anliegen der Wählerinnen und Wähler mannigfaltig. Denn sowohl der Stahlarbeiter aus Peine als auch der Landwirt in Sprakensehl möchte Gehör finden. Für Ingrid Pahlmann und ihr Team bedeutet das, lange im Auto zu sitzen und derweil mittels Smartphone und Tablet zu arbeiten. In Berlin erwartete mich ein bunter Strauß von Veranstaltungen und Aufgaben. Neben der Arbeit im Büro von Ingrid Pahlmann wurde mein Praktikum flankiert vom Programm der CDU/CSU Fraktion. Letzteres beinhaltete auch einige persönliche Highlights. So begann mein erster Tag in Berlin mit einer Diskussionsrunde, bei der der Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble sich den Fragen aller Praktikanten der Unionsfraktion stellte.



Es folgten weitere Treffen mit arrivierten Partei- und Fraktionsgrößen sowie ein Besuch im Konrad-Adenauer-Haus inklusive Fragestunde mit dem Generalsekretär Paul Ziemiak. Dies sollte nicht der einzige Auswärtstermin bleiben. ARD und ZDF zeigten uns, den Praktikantinnen und Praktikanten der Unionsfraktion, ihre Hauptstadtstudios und luden zu Gesprächen ein. Insgesamt durfte ich viel über unser Staatswesen, seine Organe und den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk lernen.

Petra Kröber organisiert das Berliner Büro, Agata Renner und Marian Meyer arbeiten im Hintergrund, sie bereiten Dossiers vor, übernehmen Recherchearbeiten und begleiten Ingrid Pahlmann in Ausschusssitzungen. Jeder Bundestagsabgeordnete sitzt in Ausschüssen, dem Maschinenraum des Deutschen Bundestages, hier findet die eigentliche Arbeit statt. Ingrid Pahlmann sitzt im Landwirtschafts- und im Familienausschuss. Damit sie stets gut vorbereitet ist, hat sie eine funktionierende Mannschaft hinter sich, deren Teil ich für einige Wochen sein durfte.“



Bericht aus Berlin

Mein Team und ich: Auch von zu Hause für Sie da!



Mittlerweile arbeiten mein gesamtes Team und ich weitestgehend von zu Hause aus. Dennoch sind wir weiter über die gewohnten Wege für Sie erreichbar! Bitte haben Sie aber Verständnis dafür, dass es dennoch zu Verzögerungen in der Bearbeitung Ihrer Anfragen kommen kann.

Fotos (v. l.): Ingrid Pahlmann MdB, Agata Renner, Ann-Marie Klaas, Frederick Meyer, Marian Meyer und Petra Kröber.



**Sprechen Sie uns an —
wir sind gerne für Sie da!**

Kontakt/Impressum

Ingrid Pahlmann MdB

Bundestagsbüro Berlin

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 11, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-72341
Fax: 030 227-76067
E-Mail: ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Telefon: 05371 740 69 28
Fax: 05371 937 38 74
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de
Ansprechpartner: Frederick Meyer

Wahlkreisbüro Peine

Freiligrathstraße 4, 31224 Peine
Telefon: 05171 769 92 49
Fax: 05171 150 34
E-Mail: ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de
Ansprechpartnerin: Ann-Marie Klaas



Copyright

Fotos

Kopfzeile S. 2-10: Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann; Deutscher Bundestag/Achim Melde
„Corona-Grafiken“ S. 2-4: CDU/CSU-Bundestagsfraktion
„dasLandhilft-Grafik“ S. 7: <https://www.daslandhilft.de/>
Alle weiteren Fotos: privat

Gemeinsam für Niedersachsen

Unterstützung für unsere Betriebe von Bund und Land

Der Corona-Virus bedroht Menschenleben. Deshalb ist höchste Vorsicht geboten und weitreichende Maßnahmen sind notwendig. All das hat einschneidende Auswirkungen auf unser tägliches Leben und auf unser ganzes Land. Das gilt auch für unsere Wirtschaft: Sehr viele kleine, mittlere und große Unternehmen sind dramatisch betroffen.

Unser Ziel in dieser Lage ist es, **Arbeitsplätze zu schützen und Unternehmen zu unterstützen**, damit sie durch die Krise kommen. Die zentrale Botschaft dabei lautet: Es geht uns um jedes Unternehmen, vom Solo-Selbständigen über den kleinen Betrieb und den großen Mittelständler bis zum Konzern.

Bund und Länder sind dabei gemeinsam gefordert. Für Niedersachsen gilt: In einem engen Austausch von Bundes- und Landespolitik werden die Maßnahmen verzahnt und aufeinander abgestimmt, damit in der Summe eine optimale Wirkung erzielt wird.

Wir wollen dies mit folgenden Maßnahmen und Angeboten erreichen:

1. Soforthilfe

Soforthilfe zur Unterstützung von Solo-Selbständigen, Kleinunternehmern aus allen Wirtschaftsbereichen und Angehörigen der Freien Berufe u.a. für laufende Betriebskosten wie Mieten, Kredite für Betriebsräume und Leasingraten:

Der Bund hilft:

- Bis **9.000 Euro Einmalzahlung für 3 Monate bei bis zu 5 Beschäftigten** (Vollzeitäquivalente)
- Bis **15.000 Euro Einmalzahlung für 3 Monate bei bis zu 10 Beschäftigten** (Vollzeitäquivalente)
- Sofern der Vermieter die Miete um mindestens 20% reduziert, kann der ggf. nicht ausgeschöpfte Zuschuss auch für zwei weitere Monate eingesetzt werden.
- Voraussetzung: wirtschaftliche **Schwierigkeiten in Folge von Corona**, diese sind zu versichern.

Weitere Informationen finden sich auf der Seite des Bundeswirtschaftsministeriums: <https://tinyurl.com/v73fhc9>.

Für die Soforthilfen des Bundes ist in Niedersachsen eine Antragsstellung ausschließlich in elektronischer Form bei der NBank unter <https://tinyurl.com/uqkv6jq> möglich. Weitergehende Informationen der NBank finden sich unter: <https://tinyurl.com/vnltlyx>.

Das Land hilft:

Um die Auswirkungen der Corona-Krise auf niedersächsische Unternehmen abzumildern, will die Landesregierung kurzfristig Hilfen auf den Weg bringen.

Damit in Not geratene Kleinstunternehmen geholfen werden kann, soll zudem ein sechsmonatiges Landesprogramm in Form einer Zuschussförderung in Höhe von voraussichtlich 100 Millionen Euro im Rahmen des Nachtragshaushaltes aufgelegt werden. Zugutekommen soll diese Billigkeitsleistung kleinen Unternehmen und Angehörigen freier Berufe mit einer Betriebsstätte in Niedersachsen, die in Folge der Covid-19-Pandemie in eine existenzbedrohliche Wirtschaftslage und/oder in Liquiditätsengpässe geraten sind.

Die Billigkeitsleistung ist als einmalige Liquiditätshilfe in Abhängigkeit von der Betriebsgröße wie folgt gestaffelt:

- bis **5 Beschäftigte:** **3.000 Euro**
- bis **10 Beschäftigte:** **5.000 Euro**
- bis **30 Beschäftigte:** **10.000 Euro**
- bis **49 Beschäftigte:** **20.000 Euro.**

Diese Hilfen stehen auch Start-ups zur Verfügung, wenn diese jünger als 5 Jahre sind. Das gilt auch, wenn diese vor Ausbruch der Corona-Krise noch keine schwarzen Zahlen geschrieben haben. Voraussetzung ist im Kern ein tragfähiges Geschäftsmodell und eine positive Einschätzung der weiteren Unternehmensentwicklung.

Daneben wird bei der NBank gegenwärtig ein Kredit-Programm (bis 50.000 Euro) für kleine und mittlere Unternehmen als schnelle Liquiditätshilfe vorbereitet. Ziel ist es, kleinen und mittleren Unternehmen, die ein tragfähiges Geschäftsmodell haben und Perspektiven aufweisen, jedoch z. B. auf Grund von temporären Umsatzrückgängen im Zuge der Corona-Krise einen erhöhten Liquiditätsbedarf aufweisen, zu unterstützen. Das Kreditprogramm soll direkt durch die NBank, ohne Beteiligung einer Hausbank, vergeben werden.

Für beide Förderprogramme des Landes wird eine Antragsstellung ausschließlich in elektronischer Form ab Mittwoch, 25.03.2020 bei der NBank unter:

<https://tinyurl.com/vnltlyx> möglich sein.

Fortlaufende aktualisierte Informationen gibt es auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums unter: <https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/>.

Die Bundesförderung für Soloselbstständige und Kleinstunternehmen können nur dann beantragt werden, wenn die Mittel aus dem Förderprogramm "Förderung Niedersachsen-Soforthilfe Corona" nicht ausgereicht haben. Das heißt, beantragen Sie bitte in jedem Fall erst die Landeshilfe und dann die Bundeshilfe!

2. Eigenkapital

Bund und Land unterstützen die Unternehmen durch die Stärkung von Eigenkapital.

Der Bund hilft:

Der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WFS) dient der Stabilisierung von systemrelevanten Unternehmen und damit der Sicherung von Arbeitsplätzen, Lieferketten und Wertschöpfung. Zum Schutz unserer Wirtschaft, der Abwendung von Verkäufen und Insolvenzen wird der Bund einspringen. Dafür werden bereitgestellt:

- 400 Mrd. Euro Garantierahmen, um Unternehmen die Refinanzierung am Kapitalmarkt zu erleichtern und so Liquiditätsengpässen zu begegnen.
- 100 Mrd. Euro Kreditermächtigung für Rekapitalisierungsmaßnahmen (u.a. Genussrechte, stille Beteiligungen, Hybridanleihen, Wandelanleihen, Erwerb von Anteilen)
- 100 Mrd. gehen in das KfW-Corona-Sonderprogramm.

Antragsberechtigt sind Unternehmen, die mindestens zwei der folgenden drei Bedingungen erfüllen:

- Bilanzsumme mindestens 43 Mio. Euro,
- Umsatzerlöse größer als 50 Mio. Euro,
- mehr als 249 Beschäftigte.

Weitere Informationen finden Sie in den Online-Angeboten des BMWi unter: <https://tinyurl.com/v73fhc9> bzw. der KfW unter: <https://tinyurl.com/uvwzhr3>

3. Steuern

Für die von der Corona-Epidemie betroffenen Unternehmen und Selbständigen gelten bis zum 31. Dezember 2020 folgenden Erleichterungen:

- Die Herabsetzung der Einkommensteuer-/Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen (einschl. Solidaritätszuschlag) soll bei Darlegung der Verhältnisse vom Finanzamt vorgenommen werden. Bei der Gewerbesteuer soll entsprechend vorgegangen werden.
- Die Stundung der Einkommen-, Körperschaft- und auch Umsatzsteuer soll ebenfalls unter Darlegung der Verhältnisse erfolgen. Dabei sind vom Finanzamt keine strengen Anforderungen zu stellen. Auf die Stundungszinsen kann in der Regel verzichtet werden. Die Stundung der Gewerbesteuer ist in diesen Fällen bei der zuständigen Gemeinde zu beantragen, es sei denn, das zuständige Finanzamt hat die Aufgabe nicht an die Gemeinde übertragen. Dann ist auch hier das Finanzamt zuständig.
- Vollstreckungsmaßnahmen wegen Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuerrückständen werden ausgesetzt, wenn das Unternehmen von den Corona-Maßnahmen betroffen ist. Säumniszuschläge sollen erlassen werden.
- Diese Maßnahmen gelten vorerst bis zum 31. Dezember 2020. Darüber hinausgehende Anträge auf Stundung oder Herabsetzung müssen gesondert begründet werden.

4. Bürgschaftsprogramme

Der Bund hilft:

- Aufstockung Gewährleistungsrahmen um bis zu 93 Mrd. Euro (entsprechend der im Haushaltsgesetz gegebenen Möglichkeit)
- Diese Erhöhung führt insbesondere zu folgenden Maßnahmen:
 - a) KfW-Unternehmerkredit (etablierte Unternehmen) werden für Großunternehmen geöffnet (bisher Umsatz 500 Mio. Euro; jetzt bis zu 2 Mrd. Euro) und Risikoübernahme bis zu 80 % für Kredite bis 200 Mio. Euro erhöht.
 - b) Für kleine und mittlere Unternehmen bietet die KfW eine 90%-ige Risikoübernahme (Haftungsfreistellung) an.
 - c) KfW-Kredit für Wachstum: Umsatzgrenze von 2 auf 5 Mrd. Euro erhöht; keine Beschränkungen mehr auf bestimmten Bereich; erhöhte Risikoübernahme auf bis zu 70 %. Unternehmen mit mehr als 5 Mrd. Euro Umsatz weiterhin Einzelfallprüfung.
 - d) Größere und schnellere Handlungsfähigkeit von Bürgschaftsbanken, indem das der Bürgschaftshöchstbetrag auf 5 Mio. Euro verdoppelt wird und die Entscheidungen bis zu einem Betrag von 250.000 Euro eigenständig durch die Bürgschaftsbanken) innerhalb von 3 Tagen getroffen werden können.
 - e) Erweiterung des Großbürgschaftsprogrammes auf Ganzdeutschland statt strukturschwacher Gebiete (Betriebsmittel- und Investitionsabsicherungen ab 50 Mio. Euro)
 - f) Zusätzliche Sonderprogramme für nicht unter die oben genannten Programme fallenden Unternehmen sollen aufgelegt werden.

Weitere Informationen finden Sie im Online-Angebot der KfW unter:

<https://tinyurl.com/uvwzhr3>

Das Land hilft:

Das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Bürgschaftsbank (NBB) GmbH stehen betroffenen Unternehmen mit Bürgschaften zur Seite. Davon profitieren können nahezu alle Branchen, Angehörige freier Berufe und Träger sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen. Kreditbürgschaften haben sich als Mittel zur Krisenbewältigung bewährt.

- Das Land setzt hier ein starkes Zeichen und erhöht seinen Bürgschaftsrahmen auf 3 Milliarden Euro. Damit schnelle Hilfe gewährleistet ist, werden die Verfahren flexibilisiert und bestehende Regelungen pragmatisch angewendet.

- Die NBB übernimmt Bürgschaften bis zur Größenordnung von 2,5 Mio. Euro, davon bis zu 240.000 Euro im Expressverfahren innerhalb weniger Tage. Darüber hinaus stehen Landesbürgschaften zur Verfügung.
- Die Richtlinie für die Landesbürgschaft wird aktuell geändert, es soll ein Verbürgungsgrad von bis zu 90% anstatt der bisherigen 80% möglich sein.

Weitere Informationen finden sich auf der NBB-Homepage:

<https://tinyurl.com/wtk23mz> oder <https://tinyurl.com/rdlq5n>

5. Erleichterungen für das Kurzarbeitergeld

Die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld werden rückwirkend ab 1. März 2020 - vorerst bis zum 31.12.2020 befristet - wie folgt erleichtert:

- Es reicht, wenn 10 Prozent der Beschäftigten eines Betriebes von Arbeitsausfall betroffen sind (statt bisher 1/3), damit ein Unternehmen Kurzarbeit beantragen kann.
- Sozialversicherungsbeiträge werden bei Kurzarbeit für die Ausfallzeit zu 100 Prozent von der BA erstattet.
- Kurzarbeitergeld können auch Zeitarbeiter erhalten; es gibt keine Ungleichbehandlung mit Stammpersonal.
- In Betrieben, in denen Regelungen zur Führung von Arbeitskonten bestehen, wird auf den Aufbau von Minusstunden verzichtet.
- Für Bezieherinnen und Bezieher von Saison-Kurzarbeitergeld werden die Sozialversicherungsbeiträge nicht aus der Winterbeschäftigungs-Umlage, sondern auch aus Beitragsmitteln erstattet.
- Unternehmen können den krisenbedingten Arbeitsausfall ab sofort bei der Arbeitsagentur anzeigen; das gilt auch für Zeitarbeitsunternehmen.

Ansprechpartner:

Thema	Ansprechpartner	Kontaktdaten
Allg. Fragen zum Coronavirus	Hotline des Niedersächsischen Gesundheitsministeriums (mit AOK Niedersachsen)	0511 4505 555 https://tinyurl.com/qo9abnn
Allg. Fragen zum Coronavirus	Hotline Bundesgesundheitsministerium	030 346 465 100 https://tinyurl.com/wyt93aa
Wirtschaftsbezogene Fragen zum Coronavirus	Hotline Bundewirtschaftsministerium	030 18615 15158 https://tinyurl.com/snfhsye
Wirtschaftsbezogene Fragen zum Coronavirus	Hotline Niedersächsisches Wirtschaftsministerium	0511 120 5757 mw-corona@mw.niedersachsen.de https://tinyurl.com/vssuy7y
Allg. Informationen für Unternehmen in Schwierigkeiten / Landesbürgschaften	Niedersächsisches Wirtschaftsministerium Frau Göhner ^(*) Frau Renk ^(#)	0511 120 7872 ^(*) 0511 120 8404 ^(#) https://tinyurl.com/vssuy7y
Informationen zu Fördermöglichkeiten von Unternehmen	Hotline NBank	0511 30031 333 https://tinyurl.com/sb73xwd
Informationen zum Kurzarbeitergeld	Bundesagentur für Arbeit	0800 4 5555 20 (Arbeitgeber) 0800 4 5555 00 (Arbeitnehmer) https://tinyurl.com/roorcxc
Serviceauskunft zu KfW-Hilfsprogrammen	KfW-Bank	0800 539 9001 https://tinyurl.com/vt3d6dv

Informationen bereitgestellt durch die

CDU  **CSU** Fraktion im
Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

*Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Tel.: +49 30/22779498, Fax: +49 03/22770139,
Email: stefan.krueppel@cducsu.de*



Hilfsmaßnahmen für die Land- und Ernährungswirtschaft

Die Lebensmittelversorgungskette müssen wir in Takt halten!

Was nicht gesät, gepflanzt, gepflegt, geerntet, verarbeitet und transportiert wird, fehlt am Ende zur Versorgung unserer Bevölkerung. Wenn Gemüse jetzt nicht gepflanzt werden kann, wird der Markt ab Mai leiden. Wenn Tierhalter ihre Milchkühe nicht mehr füttern und melken können, fehlt es an Milch, Butter, Käse - an unseren Grundnahrungsmitteln. Unser Selbstversorgungsgrad liegt bei einigen Grundnahrungsmitteln (Kartoffeln, Schweinefleisch, Getreide, Käse) über 100 Prozent. Bei Obst und Gemüse nur unter 40 Prozent.

Deshalb haben wir im Kabinett und in den Koalitionsfraktionen schnell gehandelt und ein starkes Maßnahmenpaket geschnürt, das die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung unterstützt. Landwirte, gerade im Sonderkulturbereich, sind stark auf die Mitarbeit von **Saisonarbeitskräften** angewiesen. Im März werden rund 30 000 Saisonarbeitskräfte benötigt. Im Mai steigt der Bedarf auf etwa 85 000 an. Nicht nur für die Ernten, sondern auch für Pflanzungen. Die meisten Saisonarbeitskräfte kamen bisher aus Polen und Rumänien; damit wird leider in dieser Situation nicht mehr zu rechnen sein. Es zeichnet sich ein massiver **Engpass an Arbeitskräften** ab, was enorme Auswirkungen auf unsere Urproduktion haben wird.

In der jetzigen Lage hat die **Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung** eine hohe Bedeutung. Den Betrieben, die das gewährleisten, greifen wir mit den Beschlüssen unter die Arme. Gerne können Sie sich bei Fragen oder Anregungen an das BMEL wenden.

Herzlich,

Unterstützungen für die Land- und Ernährungswirtschaft

Mit unserem Maßnahmenpaket erreichen wir:

- Anreize und einfache Regelungen für alle, die in der Landwirtschaft mitarbeiten wollen
- Sicherung der Lieferketten, damit die Lebensmittel in den Regalen ankommen
- Liquidität für landwirtschaftliche Betriebe

1. Die Branche wird als systemrelevante Infrastruktur anerkannt

Die Unternehmen der Lebensmittelversorgungskette von der

- Vorleistungs- und Zulieferindustrie (insb. Futtermittel, Maschinen, Düngung, Pflanzenschutz, Lebensmittelverpackungen),
- der Erzeugung (Landwirtschaft und Gartenbau),
- der Lebensmittelverarbeitung (bspw. Mühlen, Bäckereien, Molkereien, Schlachtunternehmen und Fleischereien),
- der Lebensmittellogistik bis hin zum
- Handel (Importeure, Lebensmittelgroß- und Einzelhandel)

sind eine systemrelevante Infrastruktur. Mit Blick auf Quarantänemaßnahmen und Betriebsschließungen ist es möglich, dass diese Infrastruktur unter Berücksichtigung des notwendigen Gesundheitsschutzes aufrecht erhalten bleibt.

2. Ausweitung der „70-Tage-Regelung“

Saisonarbeitskräfte dürfen nun bis zum 31. Oktober eine kurzfristige Beschäftigung für bis zu 115 Tagen - sozialversicherungsfrei - ausüben. Bisher war das für bis zu 70 Tage möglich.

Saisonarbeitskräfte, die bereits in Deutschland sind, können dadurch länger hier arbeiten, ohne Pflicht zur Sozialversicherung. Das hilft den Betrieben bei den vielen jetzt anstehenden Pflanz-, Pflege- und Erntearbeiten.

3. Nebentätigkeiten für Bezieher von Kurzarbeitergeld

Unsere Landwirtinnen und Landwirte brauchen helfende Hände. Um Anreize für eine temporäre Tätigkeit in der Landwirtschaft zu schaffen, werden Nebeneinkünfte aus der Landwirtschaft während der Corona-Krise bis zur Höhe des bisherigen Lohns nicht auf das Kurzarbeitergeld angerechnet.

4. www.daslandhilft.de - neue Job-Vermittlungsplattform

Gemeinsam mit dem Bundesverband der Maschinenringe e. V. hat das Bundeslandwirtschaftsministerium eine Plattform für Online-Job-Vermittlungen ins Leben gerufen: www.daslandhilft.de - die erfreulich stark frequentiert wird. Sie stellt den Kontakt zwischen suchenden Landwirten und „Helfenden Händen“ her - ohne Registrierungs- oder Vermittlungsgebühren. Ziel ist eine schnelle, kostenlose sowie zuverlässige Vermittlung von Menschen, die Hilfe brauchen und die Hilfe bieten. Gerne weitersagen.

5. Bessere Hinzuverdienstregelungen bei Ruheständlern

Weiterarbeit oder Wiederaufnahme einer Beschäftigung nach Renteneintritt soll erleichtert werden. Das geltende Recht sieht Beschränkungen beim Zusammentreffen von Rente und Hinzuverdienst vor. Die Hinzuverdienstgrenze bei Vorruhestandlern wird in der gesetzlichen Rentenversicherung

deutlich angehoben und in der Alterssicherung der Landwirte vollständig aufgehoben. Die Regelung gilt bis Ende 2020.

6. Arbeitnehmerüberlassung

Das Bundesarbeitsministerium wird hierzu eine Auslegungshilfe vorlegen, wonach Arbeitnehmerüberlassungen in der Corona-Krise ohne Erlaubnis möglich sind und das streng auszulegendende Kriterium "nur gelegentlich" dem nicht entgegensteht. Die Arbeitnehmer dürfen selbstverständlich nicht zum Zweck der Überlassung ursprünglich eingestellt und beschäftigt worden sein. Die Regelung ist wichtig, um flexibel auf die Krise und auf mögliche Personalverschiebungen zwischen den Wirtschaftszweigen (in Richtung Ernährungs- und Landwirtschaft) reagieren zu können.

7. Flexibilisierung der Arbeitszeiten

Arbeitszeiten können befristet flexibler gehandhabt werden. Für Ausnahmeregelungen im Arbeitszeitgesetz ist in dem Sozialschutz-Paket eine Verordnungsermächtigung im Arbeitszeitgesetz vorgesehen. Dort werden die Details zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten geregelt. Hiervon profitiert auch die Land- und Ernährungswirtschaft.

8. Liquidität sicherstellen

Die Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe sichern wir durch ein Programm der Landwirtschaftlichen Rentenbank. Dieses steht den von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen der landwirtschaftlichen Primärproduktion zur Verfügung. Antragsberechtigt sind kleine und mittelständische Unternehmen der Landwirtschaft, des Garten- und Weinbaus. Die Liquiditätssicherungsdarlehen haben eine Laufzeit von 4, 6 oder 10 Jahren mit jeweils einem Tilgungsfreijahr. Die Antragstellung erfolgt über die Hausbanken der betroffenen Betriebe. Auf Antrag bei der Hausbank, kann zudem eine Tilgungsaussetzung bereits bestehender Darlehen mit Zahlungsziel 30. März erfolgen, hiervon haben bereits zahlreiche Betriebe Gebrauch gemacht.

9. Kündigungsschutz bei Pachtverträgen

Landwirtinnen und Landwirte, die vom 1. April bis zum 30. Juni 2020 aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ihre Pacht nicht bedienen können, darf wegen Zahlungsrückständen aus diesem Zeitraum nicht gekündigt werden.

10. Soforthilfe in der Corona-Krise

Das Bundesprogramm „Corona-Soforthilfen für kleine Unternehmen und „Soloselbstständige“ kann von Selbständigen oder Kleinstunternehmen bis zu 10 Mitarbeitern in der Lebensmittelkette oder in ländlichen Räumen genutzt werden. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Anzahl der Beschäftigten.

11. Sicherstellung des ungehinderten Warenverkehrs

Um die Logistikkette im Hinblick auf den Transport von Nahrungsmitteln aufrechtzuerhalten, ist der freie und zügige Warenverkehr sicherzustellen. Das gilt vor allem für Frischware, z. B. die grenzüberschreitende Rohmilcherfassung. Auch bei dem Transport von Lebewild müssen aus tierschutzfachlichen Aspekten Verzögerungen verhindert werden. Mit der Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeiten im Werkverkehr und gewerblichen Güterverkehr und dem Verzicht auf die Kontrolle des Sonn- und Feiertagsfahrverbots für LKW sind wir einen guten Schritt vorangekommen. Die Länder sind aufgefordert, eine bevorzugte Abfertigung von Transporten mit Lebensmitteln oder eine separate Spur für innergemeinschaftliche Transporte zu ermöglichen.